

Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP

und

Antwort

des Innenministeriums

Einstellung des Landes zu Möglichkeiten im Rahmen bestehender und geplanter melderechtlicher Regelungen

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie schätzt sie das Vorgehen des Staatsministeriums im Rahmen des „Filderdialogs“ ein, welches auf Daten der Kommunen zugegriffen hat, um Dialogpartner anzuschreiben (so näher in Drucksache 15/1958 Ziffer 2 ausgeführt) speziell im Hinblick auf ihre Kritik an dem geplanten Meldegesetz des Bundes?
2. Ist es aus ihrer Sicht richtig, dass öffentliche Stellen bei der Inanspruchnahme von Daten der Meldeämter unabhängig von einem konkreten Zweck einen deutlich erweiterten Zugriff haben als Private?
3. Dürfen öffentliche Stellen für jedes von ihnen gewählte Betätigungsfeld Auskünfte aus Melderegistern erhalten, unabhängig davon, ob dies im Rahmen der Aufgaben liegt, die ihnen per Gesetz oder Rechtsverordnung zugewiesen sind?
4. Hat das Staatsministerium bei der Erfassung und Verarbeitung der Daten zum Filderdialog eine Abstimmung mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz vorgenommen bzw. war dieser über das Verfahren informiert und wenn ja, wie hat er es bewertet?

26.07.2012

Dr. Rülke FDP/DVP

Begründung

Der Innenminister hatte in der Plenardebatte am 11. Juli 2012 zu dem Entwurf des Meldegesetzes ausgeführt „Daher ist die Kritik quer durch alle Parteien und auch die Kritik der Öffentlichkeit natürlich aus unserer Sicht mehr als berechtigt. Diesen Wunsch auf Änderung wird die neue Landesregierung natürlich erfüllen. Das heißt im Klartext: So werden wir im Bundesrat auf gar keinen Fall zustimmen.“; am 9. Juli 2012 wird Staatsminister Friedrich in der dpa um 6:50 Uhr wie folgt zitiert: „Die Weitergabe von Daten ohne Ausschlussmöglichkeit des Bürgers wird nicht mitgetragen.“ Jeder Bürger müsse dem Handel mit seinen persönlichen Angaben wirksam widersprechen können.

Antwort

Mit Schreiben vom 17. August 2012 Nr. 4-1112.0/76 beantwortet das Innenministerium in Abstimmung mit dem Staatsministerium und dem Landesbeauftragten für den Datenschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

- 1. Wie schätzt sie das Vorgehen des Staatsministeriums im Rahmen des „Filderdialogs“ ein, welches auf Daten der Kommunen zugegriffen hat, um Dialogpartner anzuschreiben (so näher in Drucksache 15/1958 Ziffer 2 ausgeführt) speziell im Hinblick auf ihre Kritik an dem geplanten Meldegesetz des Bundes?*

Zu 1.:

Das Staatsministerium hat in der Drucksache 15/1958 in Ziffer 2 ausgeführt, dass die Datenübermittlung auf der Grundlage des § 29 des Meldegesetzes für Baden-Württemberg (MG) erfolgt ist. Gemäß § 29 MG werden die Meldebehörden dazu ermächtigt, im Einzelfall unter bestimmten Voraussetzungen Meldedaten an Behörden oder sonstige öffentliche Stellen im Inland zu übermitteln.

Die Kritik, die im Zusammenhang mit dem neuen Bundesmeldegesetz geübt wird, betrifft die sogenannte einfache Melderegisterauskunft (§ 44 des Entwurfs zum Bundesmeldegesetz). Diese Regelung gilt z. B. für Privatpersonen und Unternehmen, die Auskunft für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels begehren – nicht für die Datenübermittlung an Behörden oder sonstige öffentliche Stellen. Die Datenübermittlung an Behörden oder sonstige öffentliche Stellen steht damit nicht im Zusammenhang.

- 2. Ist es aus ihrer Sicht richtig, dass öffentliche Stellen bei der Inanspruchnahme von Daten der Meldeämter unabhängig von einem konkreten Zweck einen deutlich erweiterten Zugriff haben als Private?*

Zu 2.:

Der Inhalt einer Datenübermittlung an Behörden oder sonstige öffentliche Stellen nach § 29 Absatz 1 MG ergibt sich aus der abschließenden Aufzählung in § 29 Absatz 1 Satz 1 MG. Danach darf die Meldebehörde grundsätzlich die 14 dort genannten Daten übermitteln. Eine Übermittlung weiterer Daten ist unter den Voraussetzungen der erweiterten Datenübermittlung gemäß § 29 Absatz 2 Satz 1 MG möglich.

Die Datenübermittlung an Private ist in § 32 MG geregelt. Danach sind die Meldebehörden ermächtigt, im Einzelfall Auskünfte aus dem Melderegister an Privatpersonen, private Stellen und an nicht unter § 29 MG fallende öffentliche Stellen zu erteilen. Der Inhalt der Datenübermittlung ergibt sich aus § 32 Absatz 1 MG für die einfache Melderegisterauskunft, aus § 32 Absatz 2 MG für die erweiterte Melderegisterauskunft und aus § 32 Absatz 3 MG für die Gruppenauskunft. Danach darf die Meldebehörde maximal neun Daten übermitteln.

Zu beachten ist jedoch, dass die Datenübermittlung gemäß § 29 MG strengerer Voraussetzungen unterliegt als die Datenübermittlung gemäß § 32 MG:

Voraussetzung für die Datenübermittlung an Behörden oder sonstige öffentliche Stellen (§ 29 MG) ist immer, dass sie entweder für die Aufgabenerfüllung der Meldebehörden oder für die Aufgabenerfüllung im Zuständigkeitsbereich des Datenempfängers erforderlich ist. Von den Meldebehörden kann hier nur eine Plausibilitätsprüfung verlangt werden, ob die angeforderten Daten ihrer Art nach für die Erfüllung der angegebenen Aufgabe erforderlich sein können. Gemäß § 29 Absatz 1 Satz 5 MG trägt der Datenempfänger gegenüber der Meldebehörde die Verantwortung dafür, dass die Datenübermittlung zur Erfüllung der in seiner Zuständigkeit liegenden Aufgabe erforderlich ist. Zudem unterliegen Behörden, anders als Private, dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung.

Die einfache Datenübermittlung an Private (§ 32 Absatz 1 MG) darf ohne besondere Voraussetzungen erteilt werden. Bei der erweiterten Melderegisterauskunft (§ 32 Absatz 2 MG) muss der Antragsteller ein berechtigtes Interesse lediglich glaubhaft machen. Die sogenannte Gruppenauskunft (§ 32 Absatz 3 MG) darf bei Vorliegen eines öffentlichen Interesses erteilt werden.

3. Dürfen öffentliche Stellen für jedes von ihnen gewählte Betätigungsfeld Auskünfte aus Melderegistern erhalten, unabhängig davon, ob dies im Rahmen der Aufgaben liegt, die ihnen per Gesetz oder Rechtsverordnung zugewiesen sind?

Zu 3.:

Die erweiterte Datenübermittlung gemäß § 29 Absatz 2 Satz 1 MG ist nur zur Erfüllung einer dem Empfänger durch Rechtsvorschrift übertragenen Aufgabe zulässig. Hier muss für die konkrete Aufgabe eine Übertragung durch Gesetz, Rechtsverordnung oder sonstige materielle Rechtsnorm vorliegen.

Dies unterscheidet die erweiterte Datenübermittlung von der Datenübermittlung nach § 29 Absatz 1 MG. Voraussetzung für die Datenübermittlung nach § 29 Absatz 1 MG ist die Erforderlichkeit zur Erfüllung einer in der Zuständigkeit der Meldebehörde oder des Datenempfängers liegende Aufgabe. Es muss sich, anders als bei der erweiterten Datenübermittlung (§ 29 Absatz 2 Satz 1 MG), nicht um eine durch Rechtsvorschrift übertragene Aufgabe handeln.

4. Hat das Staatsministerium bei der Erfassung und Verarbeitung der Daten zum Filderdialog eine Abstimmung mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz vorgenommen bzw. war dieser über das Verfahren informiert und wenn ja, wie hat er es bewertet?

Zu 4.:

Im Vorfeld des Verfahrens hat es einen Austausch zwischen dem Staatsministerium und dem Landesbeauftragten für den Datenschutz gegeben. Da es sich beim Staatsministerium um eine (andere) Behörde im Sinne von § 29 MG handelt und die Organisation einer entsprechenden Veranstaltung als Aufgabe des Staatsministeriums angesehen werden kann, hat der Landesbeauftragte für den Datenschutz keine datenschutzrechtlichen Bedenken gegen die Datenübermittlung erhoben.

Gall

Innenminister